



Probleme bei der Umsetzung von Höhergruppierungen bzw. Beförderungsmaßnahmen

Beim Neujahrsempfang im Januar habe ich als GdP-Landesvorsitzender deutlich gemacht, dass wir in der Polizei diverse Probleme bei der Umsetzung von Höhergruppierungsmaßnahmen bzw. Beförderungsmaßnahmen haben.

Diese wirken sich erheblich negativ auf die Beschäftigten aus und dies ist für die GdP nicht akzeptabel!

Der Innenminister hat in seiner Antwort dargestellt, dass es in der derzeitigen Haushaltslage bzw. der Priorisierung der Landesregierung ein nicht ganz einfacher Weg war, diese Verbesserungen umzusetzen.

In der Pressemitteilung des Innenministeriums vom 3. 9. 2014 wurde mitgeteilt, dass im Zuge der Haushaltsaufstellung 2015/2016 die Landesregierung für die Polizei strukturelle Verbesserungen im Umfang von vier Millionen Euro jährlich beschlossen hat. Etwa 1,2 Millionen Euro davon sollen zusätzlich für die Verbesserung von Eingruppierungen in dem neu geschaffenen Tätigkeitsbereich der Einsatzassistenten in den Führungs- und Lagezentren zur Verfügung stehen.

Dies entsprach auch einer jahrelangen Forderung der GdP, endlich deutlich besser eingruppierte Tarifstellen bei der Polizei des Landes zu schaffen, damit unsere Tarifbeschäftigten auf besser bezahlten Stellen eingruppiert werden können.

Doch nun erreichen die GdP Hinweise, dass die angedachten EG 8 für Tarifbeschäftigte im Abfragedienst ab dem Herbst 2015/2016 absehbar nicht umgesetzt werden können. Laut diesen Hinweisen ist dies anscheinend bei allen FLZen im Land (232 Hebungen) der Fall.

Dies würde nach Meinung der GdP die politische Willensbildung und die daraus resultierende Entscheidung völlig infrage stellen. Es kann nach unserer Ansicht nicht ernsthaft in Ordnung sein, dass die Politik Entscheidungen fällt, die Administration, aber dann dem nach-

kommt, wenn sie möchte.

Ein weiteres Ärgernis geht in die ähnliche Richtung und wurde ebenfalls anlässlich des Neujahrsempfanges angesprochen.

Es ist schon mehr als ärgerlich, dass im Jahr 2014 lediglich drei Beförderungsrunden ausgesprochen wurden und man die 4. Tranche ins erste Quartal 2015, nach dem 1. März, verlegt hat. Damit dies

nicht so sehr auffällt, hat man ja aus Quartalsbeförderungen einfach Tranchen gemacht. Damit geht allerdings einher, dass die Zusagen, dass 2014 ebenso viele Beförderungen ausgesprochen werden wie in den Jahren zuvor, nicht eingehalten werden.

Nun wurden im November 2014 Beförderungen ausgesprochen, welche aber nicht alle vollzogen werden konnten. Der Grund dafür liegt laut einer Mitteilung an die betroffenen Kolleginnen und Kollegen daran, dass vom IM-LPP KOST Stellenausgleich keine Freigabe zum Vollzug der Beförderungen in DIPSY erteilt wurde.

Die KOST teilte weiter mit, dass man zwar um eine zeitnahe Bearbeitung und stellenwirtschaftliche Freigabe der landesweit 900 Beförderungsmöglichkeiten bemüht ist, dies jedoch frühestens erst zum nächsten Abrechnungstichtag im Februar 2015 erfolgen könne.

Als „Beruhigung“ weißt das IM-LPP darauf hin, dass eine mehrmonatige Verzögerung nicht außergewöhnlich ist, was wir als GdP in



diesen Ausmaßen bezweifeln, und vom LBV eine vollumfängliche Nachzahlung erfolgt und somit keine finanziellen Nachteile entstünden.

Rein rechtlich und faktisch mag dies alles richtig und juristisch nicht angreifbar sein, aber mit Wertschätzung hat dies nichts zu tun. Dies sorgt für Frust und Demotivation.

Es kann und darf nicht sein, dass die Administration und behördeninterne Probleme nicht erst seit einigen Wochen für ein ungeahntes Frustrationspotenzial sorgen. Hierzu gehört auch die Einführung des Zentralen Zeitmanagements (ZZW). Darüber werden wir in Bälde gesondert berichten.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat in einem Schreiben an den Innenminister des Landes die Problematik aufgezeigt und dargelegt, dass wir für zeitnahe Gespräche zur Verfügung stehen. Unser Ziel ist es, dass politisch getroffene positive Entscheidungen für die Kolleginnen und Kollegen ebenso schnell umgesetzt werden, wie Entscheidungen mit negativen Auswirkungen.

RSeid



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr mich auch unter der Telefonnr. 0 15 25/33 45 43 84.

Der Redaktionsschluss für die April-Ausgabe 2015 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 6. März 2015, und für die Mai-Ausgabe am Donnerstag, dem 2. April 2015. Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden. **Thomas Mohr**

„Ich will die Belange der Basis vertreten!“



Thomas Mohr

Oft bekommen wir Personalräte den Frust und die Bedenken von der sogenannten „Basis“ hautnah zu spüren. Die Polizei ist immer noch in einer inneren Unruhe und wegen der Polizeireform oft mit sich selbst beschäftigt. Aber vieles hat überhaupt nix mit der Reform zu tun.

Fast täglich bekommen wir GdP-Personalräte persönliche Nachrichten zugesandt und eine will ich einfach mal hier als Stimmungsbild der „Basis“ wiedergeben:

Ein Streifendienstbeamter schreibt:

Hallo ihr Gewerkschafter.

Ich schreibe euch persönlich an, in der Hoffnung, dass ihr endlich mal etwas für den Streifendienst bzw. für die Polizei erreicht. Ihr trommelt zwar viel, aber erreichen tut ihr fast gar nichts. Kein Vorwurf, nur eine Feststellung, ne, doch ein bisschen Vorwurf. Es geht in erster Linie um die elektronische Zeiterfassung.

Fakt eins für mich und eigentlich alle anderen Kollegen ist, dass diese unausgegrenzte Zeiterfassung für den Schichtdienst absolut untauglich ist. Mir stellt sich die Frage, welche praxisfremde und hochdotierten Beamten dies so entschieden haben. Klar kommt die Order von ganz oben, aber es läuft wie immer nach dem Motto: „Da habt ihr, schaut zu, wie ihr es umsetzen könnt und gebacken kriegt.“ Dies, obwohl das Ganze schon seit längerer Zeit in Präsidien schon praktiziert wird

und man aus den Fehlern dort nicht lernt.

Das Programm ist so unflexibel wie es kaum schlimmer sein könnte, wobei gerade im Streifendienst so viele verschiedene Sachen anfallen können, welches das Programm mit Zeitfenster öffnen zum Beispiel total überfordert ist.

Gerade bei kurzfristigem Dienst oder frei/Urlaub scheint es laut unserer Dienststelle fast unmöglich, dass irgendwie im Programm unterzubringen. Gerade im Streifendienst bei unserer Personalstärke muss man es ab und zu ausnutzen, kurzfristig Urlaub oder dienstfrei zu nehmen, wenn es die Dienststärke mal zulässt, was selten der Fall ist.

Dies alles kommt zu einem Zeitpunkt, wo unser Innenminister die Polizei zum Sparen zwingt, weil angeblich kein Geld da ist. Ich will gar nicht wissen, was die Zeiterfassungsgeräte mit Zubehör für alle Dienststellen im Land gekostet haben. Es ist schon ein Hammer, dass da Geld scheinbar keine Rolle spielt. Was von oben gewollt ist, wird bezahlt (siehe den absolut unnötigen Nationalpark im Schwarzwald gegen den Willen der Bevölkerung für ca. 80 Millionen Euro, oder diverse Zuschüsse an irgendwelche Kunsteinrichtungen von mehreren Millionen Euro).

Es entsteht der Eindruck, dass wir ja zu viel Freizeit haben könnten für unsere Familien, ganz zu schweigen für einen positiven Effekt für unsere Gesundheit, was ja immer propagiert wird, aber wenn es zu unserem Vorteil ist, gleich wieder in der Schublade verschwindet.

Ich hoffe, ihr setzt euch mit allen Mitteln diesbezüglich für uns ein, da die Zeiterfassung eh nicht mehr aufzuhalten ist. Es kann auch nicht sein, dass jede Dienststelle diesbezüglich ihre eigenen Brötchen backt, wenn dann für alle in BW.

Die nächsten Themen, die uns von der Basis megastinkig machen, sind die katastrophalen Beförderungsmöglichkeiten in diesem Jahr. Ich denke, es reicht jetzt wirklich mit den Einsparungen für die Polizei. Könnt ihr mir erklären, woran das liegt bzw. warum wird da nicht mal Tacheles geredet mit der Politik. Wir liegen bestimmt 20 bis 25 Prozent an den Besoldungserhöhungen in den letzten 20 Jahren gegen-

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



NEU IM HAUPTPERSONALRAT

über der freien Wirtschaft zurück. Wir bekommen kein Urlaubsgeld mehr, das Weihnachtsgeld wurde gestrichen bzw. auf 50 Prozent gesenkt und anteilmäßig monatlich ausbezahlt. Wir bilden eine Rücklage für die Pensionen, die Heilfürsorge wurde mehr als eingeschränkt, sogar die AOK zahlt mehr.

Für Chefarztbehandlung und Zweibett-Zimmer u. Ä. zahlen wir keine 13 Euro mehr sondern 22 Euro. Die Kostendämpfungspauschale wurde erhöht, bei mir auf 120 Euro. Ihr wisst bestimmt noch mehr, wo wir „bluten“ mussten, aber das kann so nicht mehr weitergehen.

Sogar der Bund zahlt wieder Weihnachtsgeld an seine Beamten und übernimmt die Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes für die Beamten 1:1 ohne Zeitverzögerung. Warum schafft das dann das reiche BW nicht?

Ich krieg das große Grauen, wenn ich die CDU höre, wie sie über die grün-rote Regierung herzieht, was die Polizei betrifft, dabei haben sie mit der FDP angefangen mit den Sparmaßnahmen bei der Polizei.

haben Stimmen abgesahnt.“ Da zählt plötzlich wieder das Argument, es ist kein Geld da. Wo sind die Milliarden ungeplanten Steuereinnahmen der letzten Jahre versickert? Da redet keiner drüber.

Wenn man liest, wie viele neue hoch dotierte Stellen in den einzelnen Ministerien geschaffen wurden, wo Geld keine Rolle gespielt hat, kriegt man schon eine ziemliche Wut, was die Moral unserer Politiker betrifft. Hinzu kommt die gesetzlich festgelegte jährliche Erhöhung der Diäten usw.

Ich unterstelle euch absolut nicht, dass ihr euch nicht bemüht und mit vollem Einsatz alles für die Polizei versucht, aber euer Einfluss auf politische Entscheidungen ist doch gleich null, so zumindest empfindet es die Basis und vor allem der Streifen-dienst.

So, jetzt hab ich mir mal den Frust von der Seele geschrieben. Nicht persönlich nehmen, es geht mir hauptsächlich um die Daseinsberechtigung einer Gewerkschaft, egal ob grün oder blau. Ich habe keinen

Ich glaube es fehlen Leute, welche auch an oberster Stelle den Mund aufmachen, auch wenn ein Innenminister vor einem steht. Den Schmusekurs und Wattebäuschchen werfen mache ich zu Hause, aber nicht als Vertreter von Tausenden von Polizeibeamten, die eine Familie zu versorgen und ein Haus abzubezahlen haben.

Ich wünsche euch allen trotzdem alles Gute in der Hoffnung, dass ihr einige, spürbare Ziele erreicht und nicht wie so oft gegen Windmühlen kämpft.

Verfasser ist der Redaktion bekannt

Belange der Basis nach „oben“ transportieren

Ich kann das schon gut nachvollziehen und der Kollege gibt ein derzeitiges Stimmungsbild der Basis wieder. Wohl auch gerade darum hat die GdP bei den Personalratswahlen verloren und es stehen nun die Sieger in der Gesamtverantwortung, es besser zu machen. Aber wer mich kennt weiß, dass ich in erster Linie die Belange der Basis vertrete. Und natürlich auch gegenüber den Verantwortlichen in der Polizei und Politik. Weil ich sehe mich als Vertreter der Basis und seit der letzten Wahl wurde ich erstmalig direkt in den Hauptpersonalrat beim Innenministerium BW gewählt worden.

Diese demokratische Legitimation befugt mich, die Probleme der Basis nach „oben“ zu transportieren, ohne die üblichen „Filteranlagen“ der Polizei durchlaufen zu müssen. Das ist mein Auftrag und so verstehe ich ihn.

Zur Person

Thomas Mohr ist Kreisgruppenvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Mannheim und im Geschäftsführenden Landesvorstand der GdP Baden-Württemberg, im GdP-Bundesfachausschuss der Schutzpolizei, ehrenamtlicher Richter beim Verwaltungsgericht in Karlsruhe, Vorstandsmitglied im örtlichen Personalrat beim Polizeipräsidium Mannheim und Personalrat im Hauptpersonalrat der Polizei beim Innenministerium Baden-Württemberg. Er ist als Personalrat teilfreigestellt und versieht seinen Dienst in der Führungsgruppe beim Einsatzzug Mannheim. **TM**



Ansprechpartner vor Ort sein und zwar da, wo auch die Kollegen sind, wie hier beim Einsatz.

Wo liegen noch die Vorteile beim Beamtentum, außer dass immer gleiche Argumente geäußert werden, dass wir einen sicheren Job haben?

Wo ist die im Koalitionsvertrag verankerte zweigeteilte Laufbahn? Es läuft wie immer nach dem Motto: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern! Hauptsache wir

Bock mehr darauf, glücklich lächelnde Gewerkschafter mit Politikern zu sehen, aber letztlich gibt es keine Ergebnisse. Ich zweifle auch daran, dass alles, was im örtlichen Personalrat besprochen und gefordert wird, auch ganz oben im IM und der Polizeiführung in BW so ankommt bzw. so weitergetragen wird durch den Hauptpersonalrat.



Thema: Dienstliches Holster der Marke Safariland

Jeder Schutzmann, der denkt, dass er seinem Dienstherrn und seinen Be- diensteten, somit auch anderen Schutz- leuten trauen kann, belügt sich selbst. Diese Äußerung stütze ich auf Informa- tionen, die mir zugetragen wurden und mir zeigen, dass man sein Vertrauen nicht leichtgläubig verschenken sollte. Es geht hierbei um das noch immer verwendete und keinesfalls sichere Pis- tolenholster von Safariland. Nicht nur ich, auch andere Kollegen haben auf den Missstand hingewiesen, dass das besagte Holster alles andere als sicher ist und dass Schusswaffen aus ihm her- ausfallen.

Das Innenministerium hat irgend- wann reagiert und eine Testreihe durchführen lassen. Das offizielle Er- gebnis lautete wörtlich:

„Die vorgebrachten Sicherheitsbe- denken konnten im Rahmen der Test- reihe nicht bestätigt werden. Die Zulas- sung eines alternativen Holsters für die uniformierten Polizeibeamtinnen und -beamten wird deshalb für nicht not- wendig erachtet.“

Mir nunmehr vorliegenden Informa- tionen zufolge entspricht dies nicht der Wahrheit. Bei dem hochgelobten Test (von dem noch immer kaum ein Betrof- fener weiß, wie er denn im Detail aus- sah) soll aber bei drei Testpersonen ge- nau das geschehen sein, was mir im Einsatz (Kurdenkrawalle Mannheim 2012) beinahe zum Verhängnis gewor- den ist: die Schusswaffen sind aus dem Holster gefallen.

Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder die Informationsquelle hat dies erfunden, ohne hierfür ein ersicht- liches Motiv zu haben, oder aber das Ergebnis wurde geschönt. Sprich, man hat das Herausfallen der Schusswaffen verschwiegen und das Ergebnis so an die Öffentlichkeit weitergetragen, dass an Entscheidungsträgern keine Kritik geübt werden konnte. Negative Kritik bei so einem heiklen Thema, wie der Sicherheit der Polizisten, würde näm- lich eine Reaktion erfordern. Eine Re- aktion kostet Geld. Und Geld will man nicht ausgeben.

Sollten die Angaben der Informati- onsquelle tatsächlich der Wahrheit ent- sprechen, so ist das Ergebnis der Test- reihe für mich einfach nur ein schlechter Witz und ein unglaublich großes Ar- mutszeugnis für das IM. Aber auch alle „Kollegen“, die an der Testreihe und den damit einhergehenden Lügen an

alle anderen Polizisten beteiligt sind, sollten sich überlegen, ob sie das Rich- tige getan haben.

Ich weiß, dass das Safariland-Holster sein Geld nicht wert und eine Gefahr für jeden Schutzmann auf der Straße ist. Ich verlange nach wie vor von mei- nem Dienstherrn, dass er sich ernst- und gewissenhaft unserer Probleme annimmt und seine Entscheidungen nicht auf gefälschte Testreihen stützt.

Wer hat ähnliche Probleme mit dem Holster?

Ich rufe alle Kollegen, deren Holster sich schon mal selbstständig geöffnet hat oder deren Pistolen aus den Safari- land-Holstern herausgefallen sind dazu auf, sich per Mail bei mir zu melden. Tragt dies bitte auch an Kollegen wei- ter, die in anderen Gewerkschaften or- ganisiert sind, damit wir gemeinsam eine Verbesserung bewirken können. Wer Vertraulichkeit wünscht, soll dies bitte mit einem Satz in der E-Mail ver- merken. Meine dienstliche E-Mail-Ad- resse lautet: sertan.sen@polizei.bwl.de

Vielen Dank für Eure Mitarbeit.

Sertan Sen, PHM, PP MA, EZ

TERMINE

Stammtische

Kreisgruppe PP Stuttgart

Der Senioren-Stammtisch der KG PP Stuttgart trifft sich am Donnerstag, 26. 3. 2015, 13.45 Uhr, beim PP Stutt- gart, Hahnemannstraße 1, Foyer Bau B, zu einem Besuch des Polizeimuse- ums. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Ich bitte deshalb um eine Anmeldung unter 07 11/89 90-37 47 (Anrufbeant- worter ist geschaltet) oder ppstuttgart @gdp-bw.de.

Den Nachmittag wollen wir an- schließend im Casino des PP Stuttgart ausklingen lassen.

Kreisgruppe PP Heilbronn

Der Stammtisch der Senioren der Kreisgruppe Heilbronn findet am Montag, dem 16. 3. 2015, ab 14.30 Uhr in der Kantine des Finanzamtes Heilbronn statt.

WB/GK

PERSONALMITTEILUNGEN

In der Ausgabe 2/2015 bei den Be- förderungsmeldungen hat sich leider ein Fehlerteufel eingeschlichen. Hier die Richtigstellung: ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR: Polizeihauptkommissar A 12 Tübingen: Michael Schneck.

ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR: Erster Polizeihauptkommissar Göppingen-Bepo: Roland Lutz. Erster Kriminalhauptkommissar Rems-Murr-Kreis:

Harald Hohmann.
Stuttgart PP: Roland Wiesenthal.
Polizeihauptkommissar
PP Einsatz: Patrick Felsen.
PTLS: Dieter Frank.

Rems-Murr-Kreis: Siegfried Betz.
Polizeioberkommissar/-in:
PP Einsatz: Rene Schönwälder,
Thomas Weller.

Heidelberg: Uwe Thamm.
Rems-Murr-Kreis: Sven Mielke.
Ostalbkreis: Simone Blattner,
Hannes Abele.

Polizeihauptmeister mit Zulage:

Göppingen-Bepo:
Klaus Rosskothén.
Mannheim: Gerd Amann.
Ostalbkreis: Michael Müller.
Rems-Murr-Kreis: Udo Feucht,
Frank Kreß.

Polizeihauptmeister:

Karlsruhe: Pierre Zeuner.
Heidelberg: Alexander Knobel.
Polizeiobermeister/-in
Heidelberg: Robin Romeiß.

Mannheim: Tuncay Yildiz.
Ostalbkreis: Christopher Brunner,
Sandra Süpple.
Rems-Murr-Kreis:
Katharina Müller, Markus Lutz,
Marius Strasser.

Es traten in den Ruhestand:

Calw: Martin Schaible.
Freiburg: Robert Decker.
Heilbronn: Martin Kiefner.
Konstanz: Ewald Werner.
Mannheim: Peter Kaspar.
Stuttgart PP: Alfred Fisel.

Die GdP wünscht den Kollegen im Ruhestand alles Gute.

**Zusammengestellt von
Angelika Burckhardt**



NEUES GESICHT IN DER
RECHTSABTEILUNG

Sandra Damm, unsere Rechtsanwältin und Leiterin der Rechtsabteilung, geht in wenigen Wochen in Mutterschutz und wird anschließend „Elternzeit“ in Anspruch nehmen.

Zum 1. Februar 2015 haben wir daher bereits eine Elternzeitvertretung eingestellt.

Brigitte Köster hat an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen mit dem Wahlfach/Schwerpunktbereich Kriminologie und Jugendstrafrecht studiert. Im Rahmen eines Referendariats am Landgericht Stuttgart war sie dort unter anderem bei der Jugendstaatsanwaltschaft in Stuttgart eingesetzt.

Ein weiterer Schwerpunktbereich ihrer bisherigen Tätigkeit lag im Bereich des Arbeitsrechts. Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit sammelte die gebürtige Schorndorferin als Gewerkschaftssekretärin in Frankfurt. Sie war dort schwerpunktmäßig für die Arbeitsgebiete Arbeits-, Sozial- und Beamtenrecht tätig.

Wir wünschen Brigitte Köster für Ihre neue Herausforderung bei der Gewerkschaft der Polizei alles Gute. Ebenfalls die besten Wünsche für die bevorstehenden Wochen und Monate gehen selbstverständlich auch an unsere langjährige Rechtsanwältin Sandra Damm. Sie wird noch bis zum Beginn ihres Mutterschutzes Anfang März 2015 aktiv bei uns tätig sein. **RKno**

GdP-NEUJAHRSEMPFANG 2015

Innenminister muss sich
Kritik anhören

Zum 31. Mal lud die Gewerkschaft der Polizei in die Gemeinde Eberdingen zum Neujahrsempfang ein. Die Beförderungsprobleme, der dauerhaft vorhandene Personalmangel und der zunehmende Frust, der bei vielen Kolleginnen und Kollegen bereits zur inneren Kündigung geführt hat, war zentrales Thema der Rede des GdP-Landesvorsitzenden zum Jahresauftakt.

Auf der Rednerliste schon traditionell auch Innenminister Reinhold Gall. Dieser begann seine Rede mit augenscheinlicher Überraschung. Er sei in den letzten Tagen auf vielen Neujahrsempfängen gewesen und alle seien von „Optimismus“ geprägt gewesen. Beim Neujahrsempfang der GdP hingegen verspüre er „ein bisschen mehr Groll“, den er nicht so recht nachvollziehen wollte. Auch er selbst sei an einem Dialog interessiert – und nicht nur die GdP. So wies er auch schnell die Kritik Seidenspinners an der Umsetzung der Polizeireform zurück. Seine persönlichen Erfahrungen würden ein völlig anderes Bild zeigen. Er würde sich sehr gerne immer selbst vor Ort informieren und stelle dabei fest, dass es nicht nur Kritik an der Reform gebe. Wenige Tage vor dem Neujahrsempfang verkündete Gall, dass im Land 100 zusätzliche Stellen zum Schutz vor islamistischem Terror geschaffen werden.

Ob sein Einwand, dass man Dank der neuen Strukturen nun besser in der Lage sei, auf terroristische Gefahren zu reagieren, bereits als Rückzug von diesem Vorhaben zu bewerten ist, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hegt der Koalitionspartner andere Pläne. Nämlich diese Stellen mit bereits vorhandenen Stellen zu besetzen.

Die anwesenden sicherheitspolitischen Sprecher der CDU, Thomas Blenke, und der sicherheitspolitische Sprecher der FDP und ehemalige Justizminister Dr. Ulrich Goll vernahmen die Äußerungen des Innenministers jedenfalls mit großen Interesse. Hat Ulrich Goll doch noch vor wenigen Tagen in

einer Pressemeldung dargestellt, dass die Regierungskoalition die Erarbeitung von Präventionsprogrammen und Handlungsempfehlungen gegen religiösen Extremismus durch Ausweitung der Landtags-Enquete zum Rechtsextremismus abgelehnt hatte, durfte er an diesem Abend erfahren, dass die Landesregierung Baden-Württemberg offensichtlich alles im Griff hat.

Die Personalpolitik bei der Polizei kritisierte auch der stellvertretende Bundesvorsitzende Jörg Radek. Vor dem Hintergrund des Demonstrationsverbotes in Dresden stellte er die Frage, ob die Polizei noch in der Lage ist, Verfassungsrechte zu garantieren?

In den vergangenen 15 Jahren wurden bundesweit 15 600 Dienstposten abgebaut, das entspricht der Größenordnung der gesamten Berliner Polizei. Es sei jetzt an der Zeit, so Radek, die erforderlichen Schlüsse aus den Ereignissen zu ziehen. Der Arbeitsmarkt wird aufgrund der Altersstruktur unserer Bevölkerung nicht mehr lange in der Lage



Stellv. Bundesvorsitzender Jörg Radek, Innenminister Reinhold Gall und GdP-Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner beim Neujahrsempfang. **Foto: Wolfgang Kircher**

sein, den Bedarf an qualifizierten Bewerbern für die Polizei zu decken. Hier werden noch dicke Bretter zum Bohren sein. Wenn selbst aus den Reihen der Polizei Äußerungen zu vernehmen sind, wie dieser Tage von der Pressesprecherin des PP Karlsruhe: „... dass es bei uns keine konkrete Gefahrenlage gibt und es zumindest nach dem derzeitigen Stand keinen Bedarf an zusätzlichen Kapazitäten gibt“ (Zitat Pforzheimer Zeitung 21. 1. 2015) so lange wird sich auch der Innenminister unseres Landes von seiner „Basis“ gut informiert fühlen und mit Unverständnis auf gewerkschaftliche Kritik reagieren. **TM**



Vertrauensbruch der Politik in die Polizei

Seit ein paar Jahren besteht in Berlin die Kennzeichnungspflicht, so dass die Polizisten ein Namensschild tragen müssen. Dafür wurde seit 2011 die Möglichkeit geschaffen, dass die Beamten sich aus dem Melderegister löschen (Auskunftssperre) lassen können.

Der Vorteil liegt auf der Hand: Firmen und Privatpersonen können so keine Auskunft mehr über diese Polizisten beim Einwohnermeldeamt erhalten.

Diese Möglichkeit wird von den Berliner Beamten rege genutzt. Von 2012 bis 2014 gingen bei der Meldebehörde 4418 Anträge auf Löschung ein. Demnach befanden sich unter den Antragsstellern 2824 Polizisten und 1594 Familienangehörige, bei rund 16 000 Angehörigen im Polizeivollzugsdienst.

Nachvollziehbar erscheint der Schritt hin zur Sperrung, wenn man sich den Lagebericht der Polizei für 2013 anschaut. Demnach wurden 5918 Polizisten allein in Berlin Opfer von Straftaten, worunter hauptsächlich Widerstände gegen Vollstreckungsbeamte (4162) und Körperverletzungsdelikte (1130) fielen. Bei 345 Fällen handelte es sich um gefährliche oder gar schwere Körperverletzung.

So spricht der Bericht von einer „Bereitschaft zu Tätlichkeiten gegen Polizeivollzugskräfte bei einer erheblichen Anzahl von Adressaten polizeilicher Maßnahmen“.

Aktuell ist das Meldegesetz noch Ländersache und so kann jedes Land seine eigenen Regeln bezüglich der Voraussetzungen zur Auskunftssperre selbst regeln.

Dies wird sich jedoch zum 1. Mai 2015 ändern, dann wird das Meldewesen bundesweit vereinheitlicht.

Ob sich damit auch eine einheitliche Regelung zur Auskunftssperre ergibt, bleibt dahingestellt. Denn auch jetzt hat das Meldegesetz grundsätzlich die Auskunftssperre ermöglicht, auch für Polizisten oder andere gefährdete Personen.

So sieht das Meldegesetz in der Regel folgende Formulierung vor: „Liegen Tatsachen vor, die die Annahme rechtfertigen, dass dem Betroffenen oder einer anderen Person durch eine Melderegisterauskunft eine Gefahr für Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige



Interessen erwachsen kann, hat die Meldebehörde auf Antrag oder von Amts wegen eine Auskunftssperre im Melderegister einzutragen.“

Bei der einen Meldebehörde reichte der Nachweis, dass man Polizist ist, bei der anderen mussten erst konkrete Vorfälle nachgewiesen werden, die die Schutzbedürftigkeit aufzeigen und die Auskunftssperre ermöglichen.

Es bleibt zu hoffen, dass allen Polizisten und anderen Personen, die schon allein durch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Beruf gefährdet sind, nicht weiter Steine in den Weg gelegt werden, wenn sie sich und ihre Angehörigen schützen wollen. Denn die Schutzbedürftigkeit gilt nicht nur für Berliner Polizisten. (Quelle: Facebook „Polizei Mensch“)

Kennzeichnungspflicht auch in BW geplant

Die ersten Sitzungen der Projektgruppe zur Kennzeichnungspflicht (Individualkennzeichnung) fanden bereits im Innenministerium statt. In einem LPP-Info wurde bekannt gegeben, dass die Modelle anderer Länder zunächst betrachtet und erste Arbeitspakete verteilt wurden.

Sehr treffend stellt das Landespolizeipräsidium fest, dass das Thema Individualkennzeichnung innerhalb der Polizei sehr kontrovers diskutiert wird.

Richtig; die Kolleginnen und Kollegen des operativen Dienstes brauchen und wollen keine Individualkenn-

zeichnung und diskutieren dieses Vorhaben auch sehr emotional.

Das hat die Projektgruppe zweifelsohne richtig erkannt. Es ist ein politischer Wille, der so in der Koalitionsvereinbarung festgehalten wurde. Nicht mehr und nicht weniger.

Die Projektgruppe, die sich unbestritten aus einer Vielzahl von Experten aus allerlei Bereichen der Polizei zusammensetzt, hat klare Vorgaben. Nicht Sinn und Zweck bzw. „Für und Wider“ dürfen in der Projektgruppe eine Rolle spielen, sondern es zählt einzig und alleine die Umsetzung einer politischen Entscheidung.

Wozu man zur Umsetzung eines politischen Willens, dem wirklich jegliche sinnvolle Grundlage fehlt, eine Expertengruppe aus dem Polizeibereich braucht, ist fragwürdig.

Nicht das „Für und Wider“, sondern die Frage der Umsetzung soll diskutiert werden, weil das Ziel ja bereits in der Koalitionsvereinbarung festgehalten wurde.

Der in der LPP-Meldung formulierte „Blick über den Tellerrand“ hat also nicht zum Ziel, die Erfahrungen aus den anderen Ländern zusammenzutragen. Dies wäre ja der Beginn einer Diskussion um „Für und Wider“. Nein, er hat vielmehr die Frage zum Ziel, wie sind denn die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern gekennzeichnet und wie kann man dieses Vorhaben schnellstmöglich auch in Baden-Württemberg umsetzen.



KENNZEICHNUNGSPFLICHT**Wo bleibt die Projektgruppe „Zweigeteilte Laufbahn“?**

Für uns stellt sich die Frage, wo und wann denn die Projektgruppe „Zweigeteilte Laufbahn“ ihre Arbeit aufnimmt – um mit einem Blick über den Tellerrand festzustellen, dass die Zweigeteilte Laufbahn weder weh tut noch dass sie die Träume des Finanzministers von seiner schwarzen Null schwerwiegend zu erschüttern vermag.

Auch die Zweigeteilte Laufbahn ist, wie die Kennzeichnungspflicht, Bestandteil des Koalitionsvertrages. Sitzen die Blockierer dieses Projektes tatsächlich im Landespolizeipräsidium, wie uns immer wieder versichert wird, oder ist es nicht tatsächlich so, dass sich die Koalitionspartner im Nachhinein nun doch nicht so einig sind, wie es der Koalitionsvertrag vermitteln soll?

Wo bleibt die Projektgruppe „Polizeifachangestellte“?

Auch die Einführung der „Polizeifachangestellten“ ist zweifelsohne im Koalitionsvertrag festgehalten. Wann nimmt diese Projektgruppe ihre Arbeit auf? Wir werden es bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen wieder hautnah erleben, welchen Stellenwert unsere Tarifbeschäftigten in den Augen der Politik haben. Wir werden in diesem Zusammenhang dann un schwer feststellen, dass auch die Absichtserklärung „Polizeifachangestellte“ lediglich eine Luftnummer dieser Regierungskoalition bleiben wird.

Wo bleibt die Projektgruppe „Personalkonzept“?

Wie viele Kolleginnen und Kollegen müssen noch in Pension gehen, bis auch der letzte Verantwortliche bemerkt hat, dass eine Polizeiausbildung mehrere Jahre dauert und der Arbeitsmarkt heute schon nicht mehr ausreichend Personal für die Polizei hergibt?

Wann tagt die Projektgruppe „Gewalt gegen Polizeibeamte“?

Schon wieder ist seit dem Erscheinen unserer letzten Ausgabe ein Monat vergangen. Und schon wieder sind in diesem Monat mehr als 100 Polizeibeamtinnen und -beamte im Dienst verletzt oder schwer beleidigt worden. „Gewalt gegen Polizeibeamte“ wurde im Koalitionsvertrag vergessen – genießt aber heute denselben Stellenwert wie alle anderen Dinge, die dort vertraglich vereinbart wurden. Noch immer werden Polizeibeamte alleingelassen, wenn es am

Ende darum geht, ihr Schmerzensgeld einzuklagen. Ein Blick über den Tellerrand hätte genügt, um festzustellen, dass andere Länder auf diesem Gebiet bereits meilenweit vorausgegangen sind.

Ein Blick über den Tellerrand hilft auch da

Und wenn man mal gerne über den Tellerrand schaut, dann sollte die verantwortliche Politik vielleicht auch

mal positive Aspekte für Ihre Polizeibeschäftigten übernehmen. In vielen Ländern übernimmt man das Tarifergebnis 1:1 für die Beamten ohne zeitlichen Verzug. Oder die Zahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Das machen auch einige Länder und bringen damit die Wertschätzung ihrer Polizeibeamten zum Ausdruck.

Zusammengestellt von Thomas Mohr

GdP-URGESTEIN**Udo Hampel ging in Pension**

Nach 45 Dienstjahren ging unser GdP-Urgestein Udo Hampel in den wohlverdienten Ruhestand.

Udo Hampel war gerne Polizist und über 20 Jahre im Wechselschichtdienst wie später auch in anderen Bereichen der Polizei tätig. Als freigestellter Personalrat und langjähriger GdP-Funktionsträger in Pforzheim aber auch auf Bezirks- und Landesebene, war er fast rund um die Uhr für die Polizeibeschäftigten erreichbar. Udo Hampel ist ein Vollblutgewerkschafter vom alten Schlag und er trägt das Herz auf der Zunge, was nicht jedem Vorgesetzten und Politiker gefällt. Die Polizeibasis jedoch hat ihm dies bei jeder Wahl honoriert und über Jahre holte Udo Hampel für die GdP Pforzheim ein Stimmenergebnis, wovon andere nur träumen konnten.

Wir wünschen Udo Hampel alles Gute für den neuen Lebensabschnitt und bedanken uns bei ihm für sein Engagement in allen Funktionen. **TM**

SPENDENÜBERGABE**Soziales Engagement der Hochschule für Polizei BW**

Im Rahmen der Weihnachtsaktion „Süße Weihnachtsgrüße für den guten Zweck“ spendeten die Studenten der Hochschule für Polizei des Campus Freiburg 850 Euro dem Freiburger Essenstreff e.V. Innerhalb der Hochschule konnten sich Studenten, Dozenten sowie die Verwaltung gegenseitig Weihnachtskarten mit einem kleinen Schokoladenweihnachtsmann der Chocolaterie Keller schicken. Der Gewinn kommt der Freiburger Armenverköstigung im Dreikönigshaus zugute. Hier erhalten Obdachlose und Sozialbedürftige kostenlos Suppe und Brot sowie kostengünstig ein warmes Mittagmenü. Gerade in den kalten Wintermonaten werden Schlafsäcke und Isomatten für Obdachlose in Not bereitgestellt. Der Leitsatz „Komm herein – hier bin ich Mensch, hier darf ich sein“ wird beim Essenstreff großgeschrieben. Die Menschen werden von den freiwilligen Helfern mit einem offenen Ohr für ihre Sorgen und Anliegen erwartet. Sie werden bedient und dürfen sich hier als Gast fühlen.

Den Studenten war es wichtig, Menschen im polizeilichen Umfeld zu helfen und diesen gerade in der Weihnachtszeit etwas Gutes zu tun.





Gewerkschaft der Polizei Seminarprogramm 2015

(Änderungen möglich)

10.02.2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Jahr 2015 werden wir u.a. die nachfolgenden Bildungsmaßnahmen durchführen. Besonderheiten sind bei der jeweiligen Maßnahme direkt aufgeführt.

- | | |
|-----------------|---|
| 02. – 06. März | Personalrätegrundschulung im Moor/Heilbadzentrum Bad Buchau (Anmeldeschluss bereits im Februar) |
| 13. – 17. April | Personalrätegrundschulung im Moor/Heilbadzentrum Bad Buchau (Ziel ist die Vermittlung von Grundkenntnissen aus dem neuen LPVG an Personalräte und Ersatzmitglieder. Zur Teilnahme ist ein Entsendebeschluss des Personalrats erforderlich.) (Anmeldeschluss 23. März 2015) |
| 18. – 19. Mai | Personalräteschulung für Tarifbeschäftigte in der evang. Tagungsstätte Löwenstein (Anmeldeschluss bereits im Februar) |
| 08. – 10. Juni | GdP Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ an der Hochschule für Polizei, Außenstelle Wertheim (für alle, die schon im Ruhestand sind oder demnächst gehen, die Mitnahme der Ehepartner oder Lebensgefährten ist möglich) (Anmeldeschluss 21. Mai 2015) |
| 07. – 09. Juli | Personalräteschulung für Vorstandsmitglieder im Moor/Heilbadzentrum Bad Buchau (ein Seminar mit speziellen Themen für Personalratsvorstände. Zur Teilnahme ist ein Entsendebeschluss des Personalrats erforderlich.) (Anmeldeschluss 12. Juni 2015) |
| 20. – 22. Juli | „Der erste Eindruck zählt“ ein Kommunikations- und Präsentationsseminar für GdP- Frauen in der evang. Tagungsstätte Löwenstein, Veranstalter ist die GdP Frauengruppe (Anmeldeschluss 21. April 2015) |
| 28. – 30. Sept. | GdP Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ an der Hochschule für Polizei, Außenstelle Wertheim (für alle, die schon im Ruhestand sind oder demnächst gehen, die Mitnahme der Ehepartner oder Lebensgefährten ist möglich) (Anmeldeschluss 01. September 2015) |
| 12. – 13. Okt. | GdP Seminar für Vorstandsmitglieder aus den Bezirks- und Kreisgruppen in der evang. Tagungsstätte in Löwenstein (Anmeldeschluss 14. Juli 2015) |
| 02. – 06. Nov. | Personalrätegrundschulung in der evang. Tagungsstätte in Löwenstein (Ziel ist die Vermittlung von Grundkenntnissen aus dem neuen LPVG an Personalräte und Ersatzmitglieder. Zur Teilnahme ist ein Entsendebeschluss des Personalrats erforderlich.) (Anmeldeschluss 31. Juli 2015) |

Die Kosten für die Personalräteschulungen werden den Dienststellen in Rechnung gestellt, für die GdP Seminare werden die Kosten übernommen. Anmeldungen sind ab sofort über die GdP Geschäftsstelle bei Andrea Stotz, Tel. 07042/8790 oder andrea.stotz@gdp-bw.de möglich. Dort erhaltet ihr auch weitere Infos.

